

Zeitschrift:	Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK = Mensuration, photogrammétrie, génie rural
Herausgeber:	Schweizerischer Verein für Vermessung und Kulturtechnik (SVVK) = Société suisse des mensurations et améliorations foncières (SSMAF)
Band:	87 (1989)
Heft:	10
Artikel:	Die Insolvenzentschädigung
Autor:	Waltenspühl, A.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-234084

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Partie rédactionnelle

Dass man bis heute nur 31 vollkommene Zahlen gefunden hat, könnte daran liegen, dass das auf Euklid basierende Vorgehen zu wenig allgemein ist. Doch der grosse Leonhard Euler (1707–1783) konnte nachweisen, dass das Euklidische Rezept alle *geraden* vollkommenen Zahlen liefert. Hingegen hat man zum gegenwärtigen Zeitpunkt trotz einer Vielzahl von theoretischen Zwischenresultaten immer noch

keine Ahnung, ob es auch *ungerade* vollkommene Zahlen gibt. Irritierender noch: Es ist nicht einmal klar, ob es ausser den bis jetzt gefundenen vollkommenen Zahlen überhaupt eine – eventuell durchaus gerade – weitere gibt. Anderseits hat das offenbar äusserst seltene Vorkommen dieser Zahlenspezies auch etwas Tröstliches. Denn sonst wäre ja die Eigenschaft, vollkommen zu sein, nichts Besonderes.

Adresse des Verfassers:
Prof. Dr. François Fricker
Professor für Mathematik an der
Justus-Liebig-Universität Giessen (BRD)
Postfach 1336
CH-4001 Basel

Die Insolvenzentschädigung

A. Waltenspühl

Kein seltener Vorfall: Ein Arbeitgeber fällt in Konkurs und hinterlässt Mitarbeiter, deren aufgelaufene Lohnforderungen plötzlich in Frage gestellt sind. Da nützt auch die Tatsache wenig, dass ihre Forderungen grundsätzlich konkursprivilegiert sind. Denn bis es – wenn überhaupt – zu einer Auszahlung kommt, können Wochen verstreichen. Und da das Einkommen üblicherweise bereits weitgehend verplant ist, sieht der Arbeitnehmer oftmals kargen Zeiten entgegen; dunkle Wolken überziehen seinen finanziellen Horizont.

Un cas peu extraordinaire: un employeur fait faillite et délaisse des collaborateurs dont les prétentions salariales sont soudainement mises en question. Le fait-même que leurs créances sont par principe privilégiées ne leur sert de rien. Car nombre de semaines peuvent s'écouler jusqu'au paiement éventuel; et comme la majeure partie du revenu est généralement sacrifiée d'avance, l'employé se voit souvent confronté à des temps de vaches maigres. Son horizon financier disparaît sous de lourds nuages.

Diese Problematik hat der Gesetzgeber frühzeitig erkannt und mit der sogenannten Insolvenzentschädigung ein Instrumentarium von grosser praktischer Bedeutung geschaffen, das der akuten Not zumindest die Spitze zu brechen versucht. Geregelt ist sie in Art. 51 ff. des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) sowie in Art. 73 ff. der dazugehörigen Verordnung (AVIV).

Vorab sei kurz der eigentliche Zweck der gesetzlichen Regelung umrissen: Die Insolvenzentschädigung deckt Lohnforderungen des Arbeitnehmers für die letzten drei Monate seit Konkursöffnung beziehungsweise vor dem gestellten Pfändungsbegehren. Der Gesetzgeber will – und damit ist die eigentliche Grundidee angesprochen – die betriebsrechtlich pri-

vilegierten Lohnforderungen vorzeitig schützen. Damit soll vermieden werden, dass der betroffene Arbeitnehmer durch den Verlust der Lohnforderungen in seiner Existenz bedroht wird.

Wer hat Anspruch?

Anspruch auf Insolvenzentschädigung haben beitragspflichtige Arbeitnehmer, deren zahlungsunfähige Arbeitgeber der Zwangsvollstreckung in der Schweiz unterliegen oder in der Schweiz Arbeitnehmer beschäftigen. Mit andern Worten: Die Anspruchsberechtigung wird primär von der Beitragspflicht für die Arbeitslosenversicherung abhängig gemacht. Danach gilt als beitragspflichtiger Arbeitnehmer, wer nach dem Bundesgesetz über die AHV obligatorisch versichert und für Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit beitragspflichtig ist. Nicht gefordert wird – dies im Gegensatz zum Taggeldanspruch bei Arbeitslosigkeit –, dass sich der Arbeitneh-

mer über eine Mindestbeitragszeit auszuweisen braucht.

Leitenden Angestellten, die gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrates des konkurssiten Unternehmens sind, bleibt der Anspruch auf Insolvenzentschädigung versagt. Dies deshalb, weil ihre Lohnforderungen gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichtes nicht als betriebsrechtlich privilegierte Forderung behandelt werden. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, da sich der eigentliche Zweck der Insolvenzentschädigung im Schutz von nur privilegierten Lohnforderungen erschöpft.

Worin besteht der Anspruch?

Die Insolvenzentschädigung deckt Lohnforderungen, die dem Arbeitnehmer im Zeitpunkt der Konkursöffnung gegen den Arbeitgeber zustehen, beziehungsweise solche, für die der Arbeitnehmer selber ein Pfändungsbegehr gestellt hat. Gedeckt sind also nicht künftige Forderungen, für die noch keinerlei Arbeit geleistet wurde, sondern lediglich (aber immerhin) solche, die – weil die Arbeitsleistung erbracht wurde – bereits fällig sind. Selbstredend obliegt der Nachweis der tatsächlichen Existenz dieser Forderung dem Arbeitnehmer. Das Gesetz kommt ihm aber insofern zu Hilfe, als er nicht einen lückenlosen Beweis zu erbringen hat: Es genügt blosse Glaubhaftmachung. In der Praxis vermögen Verdienstangaben in schriftlichen Arbeitsverträgen, früheren Lohnabrechnungen, Stundenrapporte, möglicherweise gar Aussagen ehemaliger Vorgesetzter oder Mitarbeiter durchaus zu genügen, das Bestehen von Lohnforderungen glaubhaft zu machen. Dennoch ist zu beachten, dass die zuständige Kasse nicht leichthin Zahlungen ausrichten darf: Sie ist verpflichtet, die Angaben der Versicherten im Rahmen des Möglichen nachzuprüfen.

Umfang der Entschädigung

Die Insolvenzentschädigung deckt Lohnforderungen für die letzten drei Monate vor der Konkursöffnung oder vor dem Pfändungsbegehr. Erfasst werden aber nicht Lohnforderungen beliebiger Höhe: Der zurzeit gültige Maximalbetrag beläuft sich auf Fr. 6800.— pro Monat bzw. Fr. 224.— pro Tag. Diese Einschränkung ist keineswegs schikanöser Art, sondern ergibt sich aus der Tatsache, dass der Arbeitnehmer in der Arbeitslosenversicherung eben höchstens einen Lohn dieser Höhe versichern kann. Ein Blick auf Ihre Lohnabrechnung müsste diese Aussage bestätigen: Die Prämie von 0,3% ist zurzeit nur bis zu einer Lohnhöhe von Fr. 6800.— geschuldet; darüber hinausgehende Abzüge wären nicht korrekt.

Nebst dem Grundlohn werden von der Insolvenzentschädigung auch Lohnbestandteile und Sondervergütungen jeweils im Umfang der erwähnten dreimonatigen Periode miterfasst. Namentlich gilt es zu erwähnen:

- Gratifikationen oder 13. Monatslohn;
- nichtbezogene Ferien oder nichtausbezahlt Feriengelder;
- Ansprüche für bereits geleistete Vorholzeit;
- Zulagen für Überzeit, Nacht- und Sonntagsarbeit usw.;
- Lohnforderungen bei unverschuldet Verhinderung des Arbeitnehmers an der Arbeitsleistung, da der Arbeitgeber in diesen Fällen arbeitsvertraglich lohnzahlungspflichtig ist.

Nicht gedeckte Ansprüche

Anderseits sind auch Vergütungen aufzulisten, die von der Insolvenzentschädigung nicht gedeckt werden:

- Kinder- und Familienzulagen;
- Unkostenentschädigungen, die Spezialcharakter haben und nicht AHV-beitragspflichtig sind;
- Kranken- und Unfalltaggelder;
- Enschädigung für Kurzarbeit.

Alsdann sind von der Insolvenzentschädigung die gesetzlich vorgesehenen Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen, da ja die Insolvenzentschädigung anstelle des geschuldeten Lohnes tritt.

Geltendmachung

Wie so oft bei derartigen Ansprüchen setzt eine Frist der Geltendmachung klare Schranken. Wer nicht spätestens innert 60 Tagen nach Veröffentlichung des Konkurses im Schweizerischen Handelsamtsblatt seine Lohnforderungen geltend macht, hat das Nachsehen, und zwar endgültig. Ganz nach dem Motto, wonach Unwissenheit nicht vor Strafe schützt, liegt es

in der Natur dieser Frist, dass sie in keinem Fall erstreckt werden kann.

Und dennoch: Nicht immer ist verloren, was verloren scheint. Wer – diesem Artikel zum Trotz – diese 60 Tage unverrichteter Dinge verstreichen lässt, dem greift das Gesetz in guter Absicht unter die Arme. Dem Betroffenen bleibt es weiterhin unbekommen, seine Forderung mittels eigener Eingabe im Konkursverfahren geltend zu machen. Gleches gilt übrigens für jene Lohnforderungen, die – weil mehr als drei Monate zurückliegend – von der Insolvenzentschädigung ohnehin nicht erfasst werden.

Kasse über. Just dieser Übergang hat nun für den Arbeitnehmer einige Pflichten zur Folge.

Pflichten der Parteien

Der Arbeitnehmer muss im Konkurs- oder Pfändungsverfahren alles unternehmen, um seine Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber zu wahren, und zwar bis zu jedem Zeitpunkt, da die Kasse ihm mitteilt, dass sie an seiner Stelle in das Verfahren eingetreten ist. Im Klartext heisst dies, dass der Versicherte – also der Arbeitnehmer – verpflichtet ist, die Anmeldung seiner Lohnforderung im Konkurs- oder Pfändungsverfahren selbst an die Hand zu nehmen. Nach Eintritt der Kasse in das Verfahren reduziert sich seine Schützenhilfe auf das Zweckdienliche, was immer auch das Gesetz darunter verstehen mag. Sollte sich im Konkurs- oder Pfändungsverfahren herausstellen, dass die Lohnforderung abgewiesen oder aus Gründen nicht gedeckt wird, die der Arbeitnehmer absichtlich oder grobfahrlässig herbeigeführt hat, so hat dieser die Insolvenzentschädigung der Kasse zurückzuerstatten. Auf der andern Seite trifft der Arbeitgeber sowie das Betreibungs- und Konkursamt die Pflicht, der Kasse alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen, damit der Anspruch des Arbeitnehmers beurteilt und die Insolvenzentschädigung festgelegt werden kann.

Privilegierte Forderungen

Abschliessend noch ein paar Hinweise zu den im Artikel mehrmals erwähnten sogenannten privilegierten Forderungen: So wohl bei der Betreibung auf Pfändung als auch bei derjenigen auf Konkurs werden gewisse Gläubigerkategorien gegenüber den andern bevorzugt. Mit andern Worten: Sie sind privilegiert. Die Aufstellung über Rangordnung der Gläubiger oder ihrer Forderungen wird als Kollokationsplan bezeichnet. Innerhalb der nicht pfandversicherten Forderungen werden aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Erwägungen fünf Klassen gebildet. Die Klassen 1 bis 4 sind sogenannte privilegierte Forderungen, das heisst, die Gläubiger dieser Forderungen werden vorab befriedigt. Und just zu diesen Forderungen, namentlich zur Klasse 1, gehören die rückständigen Lohnforderungen von Arbeitnehmern.

Zuständige Behörde

Wer nun Insolvenzentschädigung beansprucht, hat der öffentlichen Arbeitslosenkasse am Ort des Betreibungs- bzw. Konkursamtes ein gerüttelt Mass an Papieren einzureichen, die da sind:

- das vollständig ausgefüllte Antragsformular (bei den Arbeitslosenkassen zu beziehen);
- den Versicherungsausweis der AHV/IV;
- die Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung oder eine Wohnsitzbescheinigung der Gemeinde oder Ausländerausweis;
- sämtliche Unterlagen, welche die Kasse zur Beurteilung des konkreten Falles verlangt und die zur Glaubhaftmachung des Anspruchs notwendig sind.

Übergang der Forderung

Sobald die Arbeitslosenkasse die Insolvenzentschädigung ausbezahlt hat, gehen die Lohnansprüche des Versicherten im Umfang dieser Entschädigung samt dem gesetzlichen Konkursprivileg auf die

Adresse des Verfassers:

Alex Waltenspühl
Rechtskonsulent
Schweiz. Technischer Verband
Weinbergstrasse 41
CH-8006 Zürich